



Dienstag, 13. Januar 2026, 15:00 Uhr
~6 Minuten Lesezeit

Amerikanische Verfügungsmasse

Die Art, wie Donald Trump über Venezuela spricht, ist beängstigend für die Menschen des Landes, denn sie kennen diese Rhetorik bereits.

von Manovas Weltredaktion
Foto: YaikeL Dorta/Shutterstock.com

*Verfolgt man die öffentliche Berichterstattung und
Diskussion über die Intervention der USA in*

Venezuela, könnte man meinen, hier gehe es um amerikanische Innenpolitik. Ob das Vorgehen Donald Trumps gerechtfertigt ist oder nicht, wird zwar diskutiert, aber es wirkt wie das Natürlichste der Welt, dass alles, was auf lateinamerikanischem Boden passiert, eben auch Sache der USA ist. Was dabei zu kurz kommt, ist der Blick auf die Menschen vor Ort, die für ihre angebliche Befreiung einen hohen Preis zahlen. Genau diese Variable jedoch könnte es sein, die die USA unterschätzt haben, denn das venezolanische Volk ist keine Verfügungsmasse, die alles mitträgt, was man ihr von außen vorgibt. Sie kennen die Rhetorik der amerikanischen Intervention und wissen, welche Folgen diese in der arabischen Welt hatte. Die Autorin dieses Artikels ist venezolanische US-Amerikanerin, beschreibt ihren Blick auf die Lage und macht klar, dass man Maduro und der US-Intervention gleichermaßen kritisch gegenüberstehen kann.

von Michelle Ellner

Der Pressekonferenz am 3. Januar (2026) lauschte ich mit einem Knoten im Magen. Zu hören, wie von dem Land wie von einem Besitz gesprochen wurde, machte mir als venezolanischer US-Amerikanerin mit Familie, Erinnerungen und einer lebendigen Verbindung (zu Venezuela) einiges klar. Und diese Klarheit war erschreckend.

Der Präsident sagte unverblümt, die USA würden „das Land regieren“, bis ein Übergang als „sicher“ und „ratsam“ erachtet würde. Er sprach von der Gefangennahme von Venezuelas

Staatsoberhaupt, von dessen Transport auf einem US-Militärschiff, von der vorübergehenden Verwaltung des Landes und davon, US-Ölkonzerne ins Land zu bringen, um die Industrie wieder aufzubauen. Er wies Bedenken über internationale Reaktionen mit einem Satz zurück, der uns alle alarmieren sollte:

„Sie verstehen, dass dies unsere Hemisphäre ist.“

Bei Venezolanern wecken diese Worte Erinnerungen an eine lange, schmerzhafte Geschichte.

Lassen Sie uns die Behauptungen klarstellen. Der Präsident behauptet, dass die USA einen amtierenden ausländischen Präsidenten und seine Ehefrau nach US-Strafrecht festnehmen können. Dass die USA ein anderes souveränes Land ohne internationales Mandat verwalten können. Dass die politische Zukunft Venezuelas von Washington (aus) entschieden werden kann. Dass die Kontrolle über Öl und ein „Wiederaufbau“ legitime Nebenprodukte einer Intervention sind. Dass all dies ohne Zustimmung des Kongresses und ohne Nachweis einer unmittelbaren Bedrohung erfolgen kann.

Diese Worte haben wir früher schon gehört.

Im Irak versprachen die Vereinigten Staaten eine befristete Intervention und eine vorübergehende Verwaltung, nur um dann eine jahrelange Besetzung durchzusetzen, die Kontrolle über wesentliche Infrastrukturen zu ergreifen und Zerstörung und Instabilität zu hinterlassen. Was als Verwaltung dargestellt wurde, wurde zur Herrschaft. Über Venezuela wird nun in verstörend ähnlicher Weise gesprochen. Die „vorübergehende Verwaltung“ endete in einer dauerhaften Katastrophe.

Nach dem Völkerrecht ist nichts, was in dieser Pressekonferenz

beschrieben wurde, legal. Die UN-Charta verbietet die Androhung oder Anwendung von Gewalt gegen einen anderen Staat und untersagt die Einmischung in die politische Unabhängigkeit einer Nation. Sanktionen, die darauf abzielen, politische Ergebnisse zu erzwingen und Leid unter der Zivilbevölkerung verursachen, kommen einer kollektiven Bestrafung gleich. Das Recht zu erklären, ein anderes Land zu „regieren“, ist die Sprache der Besatzung – unabhängig davon, wie oft dieses Wort vermieden wird.

Nach US-Recht sind die Behauptungen ebenso verstörend. Die Entscheidungsgewalt über einen Krieg liegt beim Kongress. Es gab keine Genehmigung, keine Erklärung, kein gesetzmäßiges Verfahren, das es einer Exekutive erlaubt, einen ausländischen Staatschef festzunehmen oder ein anderes Land zu verwalten. Dieses Vorgehen einfach „Rechtsdurchsetzung“ zu nennen, macht es nicht dazu.

Venezuela stellt keine Gefahr für die Vereinigten Staaten dar. Es hat die USA weder angegriffen noch eine Drohung ausgesprochen, die nach US- oder Völkerrecht die Anwendung von Gewalt rechtfertigen würde. Die Behauptungen entbehren jeder nationalen sowie internationalen rechtlichen Grundlage.

Doch jenseits von Recht und Präzedenzfall liegt die wichtigste Realität: Die Kosten dieser Aggression werden von den einfachen Menschen in Venezuela getragen. Kriege, Sanktionen und militärische Eskalation treffen nicht alle gleich. Am härtesten betroffen sind Frauen, Kinder, die Alten und die Armen. Sie führen zu einem Mangel an Medikamenten und Nahrungsmitteln, zu zusammengebrochenen Gesundheitssystemen, zu steigender Mütter- und Kindersterblichkeit und zum täglichen Überlebensstress in einem Land, das unter Besatzung leben muss. Sie bedeuten auch vermeidbare Todesfälle – Menschen, die nicht aufgrund von Naturkatastrophen oder unvermeidbaren Umständen sterben, sondern weil der Zugang zu medizinischer Versorgung,

Elektrizität, Transportmitteln oder Medikamenten absichtlich blockiert wurde. Jede Eskalation verschlimmert bestehendes Leid und erhöht die Wahrscheinlichkeit von Todesfällen unter Zivilisten, die als Kollateralschäden abgetan werden, obwohl sie vorhersehbar und vermeidbar gewesen wären.

Was dies noch gefährlicher macht, ist die dem Ganzen zugrundeliegende Annahme, dass die Venezolaner angesichts von Erniedrigung und Gewalt passiv, gefügig und unterwürfig bleiben werden. Diese Annahme ist falsch. Und wenn sich diese Annahme als falsch erweist – was unvermeidlich ist –, wird der Preis dafür unnötiges Blutvergießen sein. Das ist, was verdrängt wird, wenn ein Land als „Übergang“ oder als „Verwaltungsproblem“ diskutiert wird.

Menschen verschwinden. Leben werden zu akzeptablen Verlusten reduziert. Und die nachfolgende Gewalt wird als „bedauerlich“ dargestellt und nicht als die vorhersehbare Folge von Arroganz und Zwang.

Es ist schmerhaft, einen US-Präsidenten über ein Land sprechen zu hören, als wäre es etwas, das verwaltet, stabilisiert und, sobald es sich richtig verhält, übergeben werden muss. Es ist demütigend. Und es macht wütend.

Und, ja, Venezuela ist politisch nicht einheitlich. Das ist es nicht und war es auch nie. Es gibt Spaltungen bezüglich der Regierung, der Wirtschaft, der Führung und der Zukunft. Es gibt Menschen, die sich als Chavista bezeichnen, Menschen, die erbitterte Nicht-Chavistas sind, Menschen, die erschöpft und desinteressiert sind, und, ja, es gibt auch welche, die feiern, was ihrer Meinung nach endlich einen Wandel herbeiführen könnte.

Politische Spaltung ist jedoch keine Einladung zu einer Invasion.

Lateinamerika war schon früher mit dieser Logik konfrontiert. In Chile wurde die interne politische Spaltung als Rechtfertigung für die US-Intervention genutzt – dargestellt als Reaktion auf „Unregierbarkeit“, Instabilität und eine Gefahr für die regionale Ordnung –, was schließlich nicht zu Demokratie führte, sondern zu Diktatur, Unterdrückung und jahrzehntelangem Trauma.

Tatsächlich lehnen viele Venezolaner, die gegen die Regierung sind, die derzeitigen Geschehnisse ab. Sie verstehen, dass Bomben, Sanktionen und „Übergänge“, die von außen auferlegt werden, keine Demokratie bringen, sondern die Bedingungen zerstören, die diese erst ermöglichen.

Diese Situation erfordert politische Reife, keine Reinheitsprüfungen. Man kann gegen Maduro sein und trotzdem die Aggression der USA ablehnen. Man kann einen Wandel wollen und trotzdem ausländische Kontrolle zurückweisen. Man kann wütend sein, verzweifelt oder hoffnungsvoll und trotzdem Nein dazu sagen, von einem anderen Land regiert zu werden.

Venezuela ist ein Land, in dem unter Druck Kommunalräte, Arbeitnehmerorganisationen, Nachbarschaftskollektive und soziale Bewegungen entstanden sind. Politische Bildung kam nicht von Think Tanks, sondern war eine Frage des Überlebens. Gerade jetzt verstecken sich die Venezolaner nicht. Sie schließen sich zusammen, weil sie das Muster erkennen. Sie wissen, was es bedeutet, wenn ausländische Staatsoberhäupter beginnen, von „Übergängen“ und „vorübergehender Kontrolle“ zu sprechen. Sie wissen, was üblicherweise darauf folgt. Und sie reagieren so, wie sie es immer getan haben: Indem sie Angst in kollektives Handeln verwandeln.

In dieser Pressekonferenz ging es nicht nur um Venezuela. Es ging darum, ob ein Imperium wieder laut sagen kann, was es bisher

verschwiegen hat, ob es offen das Recht beanspruchen kann, andere Nationen zu regieren und dabei davon auszugehen, dass die Welt das einfach so hinnimmt.

Wenn dem so ist, ist die Lektion brutal und unbestreitbar: Souveränität ist an Bedingungen geknüpft, Ressourcen stehen zur Aneignung durch die USA bereit, und Demokratie existiert nur mit imperialer Zustimmung.

Als venezolanische US-Amerikanerin weigere ich mich, diese Lektion zu akzeptieren.

Ich weigere mich, die Vorstellung zu akzeptieren, dass meine Steuern die Demütigung meiner Heimat finanzieren. Ich weigere mich, die Lüge hinzunehmen, dass Krieg und Zwang Akte der „Fürsorge“ für das venezolanische Volk darstellen. Und ich weigere mich, zu schweigen, während über ein Land, das ich liebe, so gesprochen wird, als sei es bloß Rohstoff für US-Interessen – und nicht eine Gesellschaft von Menschen, die Respekt verdienen.

Die Zukunft Venezuelas gehört weder US-Funktionären noch Unternehmensvorständen oder einem Präsidenten, der meint, er könne über die Hemisphäre herrschen. Sie gehört den Venezolanern.

Redaktionelle Anmerkung: Dieser Text erschien zuerst unter dem Titel „We're Going to Run the Country": Preparing an Illegal Occupation in Venezuela“ (<https://www.globalresearch.ca/preparing-illegal-occupation-venezuela/5910872>) bei **Global Research**

(<https://www.globalresearch.ca>). Er wurde von Gabriele Herb ehrenamtlich übersetzt und vom ehrenamtlichen **Manova-Korrektoratteam** (<https://www.manova.news>) lektoriert.



Es bringt wenig, nur im eigenen, wenn auch exquisiten Saft zu schmoren. Deshalb sammelt und veröffentlicht **Manovas Weltredaktion** regelmäßig Stimmen aus aller Welt. Wie denken kritische Zeitgenossen in anderen Ländern und Kulturkreisen über geopolitische Ereignisse? Welche Ideen haben sie zur Lösung globaler Probleme? Welche Entwicklungen beobachten sie, die uns in Europa vielleicht auch bald bevorstehen? Der Blick über den Tellerrand ist dabei auch ermutigend, macht er doch deutlich: Wir sind viele, nicht allein!